

Stellungnahme von ARD-aktuell zur Zuschrift von Maren Müller vom 28. August 2024 zum Umgang mit veränderten Textstellen im Artikel „Bündnis Sahra Wagenknecht – Auf Linie mit der russischen Propaganda“ auf tagesschau.de vom 30. Juli 2024

In ihrem Schreiben vom 28. August 2024 kritisiert Frau Müller den Umgang mit veränderten Textstellen auf tagesschau.de. Sie bezieht sich dabei auf ihr erstes Schreiben vom 1. August 2024, in dem sie bemängelt hatte, dass drei Textstellen des Artikels „Bündnis Sahra Wagenknecht – Auf Linie mit der russischen Propaganda“ (ursprünglich am 30. Juli 2024 bei tagesschau.de veröffentlicht) im Nachhinein verändert wurden, dies aber nicht transparent mit einem Korrekturhinweis gekennzeichnet worden sei. In ihrem erneuten Schreiben wirft Frau Müller der Redaktion des faktenfinders vor, ihre Arbeitsweise weiche „in eklatanter Weise von der journalistischen Sorgfaltspflicht“ ab. Sie kritisiert zudem die Antwort der Chefredaktion von ARD-aktuell, wonach Änderungen durch Aktualisierungen des Zeitstempels kenntlich gemacht und ein Korrekturhinweis lediglich notwendig sei, wenn falsche Informationen korrigiert würden. Nach Ansicht von Frau Müller habe der Artikel „sehr wohl falsche Informationen“ enthalten, die korrigiert worden seien - etwa ein Satz zu Äußerungen Wagenknechts im ZDF-Politalk „Maybrit Illner“ am 11. Juli 2024 zu den Angriffen auf ein Kinderkrankenhaus in Kiew. Unverständnis äußert Frau Müller auch mit Blick auf eine Passage des faktenfinder-Artikels, der eine Behauptung Wagenknechts - Deutschland würde 90 Milliarden Euro für Rüstung ausgeben - aufgreift. Diese Art „Rosinenpickerei“ zu nutzen, um Wagenknecht faktische Fehler in der Argumentation zu unterstellen, sei eines seriösen Journalismus unwürdig.

Dazu nimmt die Redaktion von ARD-aktuell wie folgt Stellung:

Der faktenfinder-Artikel vom 30. Juli 2024 auf tagesschau.de handelt von Falschbehauptungen und prorussischen Narrativen, die das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in Bezug auf den Krieg in der Ukraine verbreitet. Es werden mehrere Beispiele angeführt, in denen Wagenknecht und andere BSW-Mitglieder Fehlinformationen verbreitet oder Fakten verzerrt dargestellt haben, oft im Einklang mit der Kreml-Propaganda.

So hat Sahra Wagenknecht in der Polittalkshow „Maybrit Illner“ am 11. Juli 2024 mit verschiedenen Ausdrücken und Bezeichnungen im Zusammenhang mit der Summe von 90 Milliarden Euro hantiert. Mal hat sie von einem „Rüstungshaushalt“ gesprochen, mal von „Rüstungsausgaben“. Nachdem ihre Angaben bereits während der Sendung von anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern korrigiert wurden, beharrte sie zum Abschluss der Diskussion über das Thema jedoch darauf, dass Deutschland „90 Milliarden Euro für Waffen“ ausgeben. In der neuen Version des faktenfinder-Artikels wurde allein die Herleitung der Zahl 90 Milliarden Euro verändert. Die Behauptung von Frau Wagenknecht in der Sendung bleibt falsch. Sie finden die Aussage von Frau Wagenknecht in der Sendung bei Min. 19:57.

<https://www.youtube.com/watch?v=s23M5K8kaxs>

Die zusätzlichen Informationen dienen lediglich dem Verständnis, woher die Zahl von 90 Milliarden Euro stammt, die Wagenknecht anführt. Entgegen der Interpretation von Frau Müller schwächt diese Zusatzinformation die Aussage Wagenknechts aus unserer Sicht nicht ab. Es ist nicht richtig, dass der „Rüstungshaushalt“ Deutschlands 90 Milliarden Euro umfasst, Deutschland gibt auch nicht 90 Milliarden Euro im Jahr für Waffen aus und selbst die gemeldeten Angaben an die NATO über die besagten 90 Milliarden Euro sind keine Rüstungsausgaben. Dies haben wir in unserer Antwort auf das erste Schreiben von Frau Müller zu diesem Thema klar hergeleitet.

Zwar gab die Bundesregierung gegenüber der NATO an, für Verteidigung und Sicherheit insgesamt 90,6 Milliarden Euro auszugeben, behilft sich dabei allerdings mit Rechenricks: So sollen unter anderem auch Zinsen für Rentenzahlungen oder für vergangene Anschaffungen für die Bundeswehr sowie Entwicklungshilfenausgaben mit einberechnet sein. Auch Kindergeldzahlungen an Bundeswehrangehörige aus dem Bundesfamilienministerium sind in die Summe miteingerechnet, ebenso

Versorgungsleistungen für die ehemaligen Angehörigen der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR. (Über diese Rechenstricks hatte tagesschau.de am 16. Juni 2024 berichtet).

Im Artikel des faktenfinders auf tagesschau.de wurden die Angaben der Bundesregierung gegenüber der NATO im Nachhinein noch mit aufgenommen, um aufzuzeigen, dass die Aussage Wagenknechts auch mit Blick darauf falsch ist. Denn wie dargelegt, kann die Bundesregierung gegenüber der NATO viele Kosten anführen, die wenig mit „Rüstung“ oder „Waffen“, wie Wagenknecht es sagt, zu tun haben.

Weiter kritisiert Frau Müller eine nicht auf der Korrekturseite vermerkte Änderung: Im ursprünglichen Text hieß es ...

*„das Kiewer Krankenhaus Ochmatdyt sei nicht von einer russischen Rakete abgeschossen worden, sondern mutmaßlich von einer ukrainischen Flugabwehrrakete.“*



Der spätere Text lautet:

*„...sei nicht von einer russischen Rakete getroffen worden, sondern mutmaßlich von Trümmerteilen einer ukrainischen Flugabwehrrakete“*

Hierbei handelt es sich tatsächlich um eine sprachliche Ungenauigkeit. Frau Müller unterschlägt in ihrer Kritik jedoch, dass es im Text hieß, „so suggeriere Wagenknecht beim ZDF-Politalk von Maybrit Illner, das Kiewer Krankenhaus Ochmatdyt sei nicht von einer russischen Rakete getroffen worden...“. Also war trotz der Ungenauigkeit von Anfang an klar, dass es kein Zitat von ihr war, sondern dass es sich um eine Interpretation ihrer Worte handelte. Im Mittelpunkt des Textes steht zudem der Fakt, dass Wagenknecht gesicherte Informationen in Zweifel zieht, nach denen das Krankenhaus in Kiew von einer russischen Rakete getroffen wurde. So sagte sie im Zusammenhang mit dem Kiewer Kinderkrankenhaus: „Ich möchte einen Punkt schon noch richtigstellen, weil sie immer sagen, die Abwehrraketen, die können schützen. Viele zivile Opfer in der Ukraine, das wird ja auch so gemeldet, entstehen auch dadurch, dass Raketen abgefangen werden und die Trümmerteile dann in zivile Gebiete fallen.“

Sie stellt damit infrage, dass ukrainische Flugabwehrraketen wirklich Schutz böten vor russischen Raketenangriffen und deutet durch die „vielen zivilen Opfer“ an, dass ukrainische Flugabwehrraketen in Wahrheit für viel Leid sorgten. Sie suggeriert damit, dass es sich auch in dem Fall des Kiewer Kinderkrankenhaus offenbar nicht um die Folge eines russischen Raketenangriffs gehandelt habe, sondern um die Folge eines ukrainischen Flugabwehrraketeneinsatzes, der durch den Abschuss einer Rakete diese Tragödie verursacht habe.

Dieser Eindruck wirkt noch verstärkt, da Wagenknecht im Anschluss sagt, am gleichen Tag seien auch in einem Zentrum für Frauengesundheit mehrere Todesopfer gemeldet worden, die durch herunterfallende Raketenteile getroffen worden seien. Weiter sagt sie, auch bei dem Kinderkrankenhaus sei zunächst gemeldet worden, dass das „auch herunterfallende Raketenteile waren“. Die Passagen zeigen, dass aus Wagenknechts Sicht die ukrainischen Flugabwehrraketen, die russische Raketen abschießen, im Endeffekt für den Einschlag am Kiewer Kinderkrankenhaus verantwortlich seien. Das ist eine Täter-Opfer-Umkehr, da es ohne russische Raketenangriffe gar keine ukrainischen Flugabwehrraketen bräuhete. Wagenknechts Aussagen lassen somit den Schluss zu, dass es ohne ukrainische Flugabwehrraketen den Einschlag am Kiewer Kinderkrankenhaus nie gegeben hätte.

Sie beharrt in der Diskussion trotz Widerspruch darauf, dass die Untersuchungsergebnisse auch der Vereinten Nationen zu dem russischen Raketenangriff auf das Krankenhaus nicht sicher seien, zudem würden alle Konfliktparteien lügen. Es sei ihrer Ansicht nach kaum nachvollziehbar, dass Russland zur Eröffnung des NATO-Gipfels ein Kinderkrankenhaus angreife. (ab Min 25:11)

Auch nach erneuter Überprüfung haben wir nicht feststellen können, dass in dem von Frau Müller kritisierten Artikel falsche Informationen korrigiert wurden. Bei den Ergänzungen zum „Rüstungshaushalt“ handelt sich um Kontext, um den Nutzerinnen und Nutzern unseres Angebots eine breitere Informationsbasis zu liefern. In der zweiten Textstelle wurde eine sprachliche Ungenauigkeit verändert, die nach unserem Ermessen einen Eintrag in der Korrekturseite nicht erforderlich machte, da sie den Kern der Kritik an der Aussage Wagenknechts nicht verändert.

Hamburg, 23. September 2024



Juliane Leopold

